

Solidarisch gegen Corona

<https://solidarischgegencorona.wordpress.com/>

✳ Als Reaktion auf die Pandemie werden im Eiltempo Grundrechte ausgehebelt. Die staatlich verordneten Ausgangssperren und Notstandsverordnungen richten sich in vielen Ländern gegen Arbeitskämpfe, Streiks und Aufstände.

✳ Während wir soziale Kontakte einschränken müssen, feiern viele Unternehmer weiterhin Corona-Partys: nicht notwendige Arbeiten laufen unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen weiter.

✳ Die Regierungen reagieren auf die Pandemie mit Grenzschießungen, Ausfuhrverboten für medizinische Güter und Migrationsabwehr. Sie inszenieren sich als Schutzmacht der Lohnabhängigen, während sie gestern noch das Gesundheitssystem kaputt gespart haben.

✳ Wir steuern auf eine soziale Krise unbekannten Ausmaßes zu, die massive Angriffe auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen nach sich ziehen wird. Forderungen an den Staat oder die Unternehmer nach Produktionsstopp, Lohnausgleich oder Gesundheitsschutz werden nicht reichen.

✳ Wenn jetzt die Weltwirtschaft einen Infarkt erleidet, wird es auf unsere Fähigkeiten ankommen, die notwendigen Teile der Produktion und Gesundheitsversorgung wieder in Gang zu setzen.

Infektionen in der ZAST Halberstadt – Bewohner*innen treten in Hungerstreik

Seit dem 04.04.2020 befinden sich die Bewohner*innen der zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber*innen (ZAST) im Hungerstreik, um gegen die dort herrschende Unterversorgung zu demonstrieren. Nachdem Ende März ein Bewohner positiv auf den Coronavirus getestet wurde, wurden alle Bewohner*innen, also 850 Menschen, unter Quarantäne gestellt. Am 02.04. gab es bereits 20-30 Infizierte. Bewohner*innen sowie Sozialarbeiter*innen berichten von unzureichender Versorgung und einer chaotischen und angespannten Situation.

Die Bewohner*innen haben sich mit einem offenen Brief, der folgende Forderungen enthält, an die Öffentlichkeit gewendet:

Würde für Refugees

1. Für alle Bewohner*innen des Camps muss die Lebensmittelversorgung gesichert sein.
2. Die Sanitäranlagen müssen die nötigen Hygienestandards erfüllen und alle Bewohner*innen brauchen Zugang zu Infektionsschutzartikeln und Desinfektionsmitteln.
3. Schnelle und bedingungslose, dezentrale Unterbringung von alten, schwangeren, kranken und noch nicht infizierten Bewohner*innen.
4. Die Schließung des Halberstädter „Gefängnis“ muss innerhalb der nächsten 14 Tage erfolgen.

Die Bewohner*innen dokumentieren ihre Situation auf dem Youtube-Kanal „Rassistische Demokratie“.

Gewalt gegen Frauen nimmt in Krisenzeiten zu. Soziale Isolation und Quarantäne schränken die Möglichkeit der Flucht und Hilfesuche stark ein. Es ist das Merkmal häuslicher Gewalt, dass sie im Unsichtbaren geschieht. Doch sie geschieht und tagtäglich. Frauen mit solchen Erfahrungen sind keineswegs allein damit! Sprecht mit Personen, denen ihr vertraut, sucht Zuflucht bei Freund*innen und ruft im Notfall die Polizei.

Passt auf eure Freundinnen, Nachbarinnen und Kolleginnenauf! Seid füreinander da! Bietet Unterstützung an und schaut nicht weg!

Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen/Crisis line for women experiencing domestic violence:

08000 116 016

Hotline vom Jenaer Frauenhaus/Hotline of the Women's Shelter Jena:

0177 478 705 2

Hotline for female migrants who are affected by domestic violence, forced marriage and stalking:

مركز المشورة للمهاجرين المتضررين من العنف المنزلي والزواج القسري والملاحقة

0511 12 60 78 14

(German, Persian, Russian, Polish, English, French, Arabic, Kurdish, Bosnian, Croatian, Serbian, Spanish, Vietnamese, Turkish)

Produktionsstopp statt Normalbetrieb

1. Aus Angst um ihren Profit und Sorge vor einer Verschärfung der Weltwirtschaftskrise sind Unternehmer und Staaten bereit, die Gesundheit der Lohnabhängigen weiter zu gefährden.
2. In vielen Ländern fordern kämpfende Lohnabhängige besseren Gesundheitsschutz bei notwendigen Arbeiten und den vollständigen Stopp aller nicht-notwendigen Arbeiten – und das bei vollem Lohnausgleich.

Geteilte Verantwortung statt Ausgangssperre

1. Anstelle staatlicher Zwangsmaßnahmen und patrouillierender Polizei in den Parks braucht es öffentliche Aufklärung und einen gemeinsamen verantwortungsvollen sozialen Umgang.
2. Wenn Arbeits- und Mietkämpfe, Grundrechte oder der Datenschutz mit neuen staatlichen Verordnungen eingeschränkt werden, müssen wir uns zur Wehr setzen.

Solidarität statt Nationalismus

1. Die autoritären staatlichen Maßnahmen gründen auf der kollektiven Angst. Gegen das beklemmende Gefühl hilft praktische Solidarität.
2. Gegen den nationalistischen Wahnsinn, der sich beispielsweise an der EU-Außengrenze zeigt, gilt es die weltweiten Kämpfe für einen humanen Umgang mit der Pandemie zu verbinden und die Gesellschaft nach unseren Bedürfnissen zu organisieren.

Violence against Women

increases in crisis situations. This violence seems to be invisible, but it happens every day. Women experiencing domestic violence are not alone!

Look for people you trust to talk with them. You can get help via anonymous hotlines.

If you become witness of violence: Offer your support, do not look away!

Take care of girls and women around you!

Diese Wandzeitung ist zweierlei: Ein Zeichen der Solidarität mit den Forderungen und Kämpfen von Menschen, deren Stimmen gerade in der aktuellen Berichterstattung, aber auch davor, häufig kein Gehör finden – sowie ein Symbol der Aneignung des öffentlichen Raums. Statt uns vereinzelt ins Private zurückzuziehen, wollen wir ihn als Ort gesellschaftlichen Protests erhalten.

»COVID-19 eindämmen, Grundrechte schützen!«

Sieben Lehren aus der HIV-Prävention für eine effektive Community-basierte Strategie Kontaktverbote, Bußgelder für das Unterschreiten von Mindestabständen, Übermittlung der Daten von Menschen mit COVID-19 – in der Corona-Pandemie werden Grundrechte in einem nie dagewesenen Maße eingeschränkt. Die Aids-Organisation der Vereinten Nationen (UNAIDS) fordert dazu auf, COVID-19 effektiv einzudämmen und dabei die Grundrechte zu schützen.

Communities ins Zentrum stellen

Betroffene Gruppen sollen bei allen Maßnahmen beteiligt werden, um deren Tauglichkeit und Effektivität zu gewährleisten, um Vertrauen aufzubauen und vermittelte oder unabsichtlichen Schaden zu vermeiden und die Verbreitung der Informationen sicherzustellen.

Stigmatisierung und Diskriminierung bekämpfen

Jede Diskriminierung und Stigmatisierung – egal ob rassistisch, sozialchauvinistisch oder anders begründet – muss bekämpft werden, so dass Betroffene ohne Furcht vor der Stigmatisierung sich an (medizinische) Hilfsangebote wenden können.

Die am stärksten gefährdeten unterstützen

Den am stärksten gefährdeten sowie den am stärksten marginalisierten Menschen muss der Zugang zu kostenfreien Tests und bedingungsloser Versorgung sicher gestellt sein.

Hürden für Schutzhandeln beseitigen

Faktoren, die einen effektiven Schutz einschränken – wie z.B. eine unsichere medizinische Infrastruktur, die Angst vor Arbeitslosigkeit, Falschinformationen und Verschwörungstheorien – müssen beseitigt werden.

Kriminalisierung verhindern

Alle Maßnahmen müssen zeitlich begrenzt, verhältnismäßig, notwendig und Beweis-basiert sowie juristisch überprüfbar sein. Pauschale Zwangsverbote sind wenig effektiv oder nützlich. Individuum sollten nicht kriminalisiert werden für den Verstoß gegen Einschränkungen.

International zusammenarbeiten

Länder müssen zusammenarbeiten, Informationen, Wissen, Ressourcen und technische Expertise teilen.

Gut miteinander umgehen

Unterstützt Beschäftigte im Gesundheitswesen. Seid nett zueinander. Schließt euch Initiativen an, die versuchen Vertrauen aufzubauen und Solidarität stärken anstelle von Sanktionen!

Eine Chronik

6. März Vier bestätigte Corona Fälle in Ungarn. Geheimhaltung der betroffenen Orte.

Orban gibt vor allem Migrant*innen die Schuld an der Verbreitung.

11. März Verabschiedung eines nationalen Notstands

(Einführung von Grenzkontrollen, Einreiseverbote, Veranstaltungsverbote ab 100 Personen, Schließung von Universitäten, keine Schließung von Schulen)

Zurückweisung von Asylsuchenden wird verschärft.

15. März Orban wird das öffentliche Gesicht einer Anti-Corona-Notfalleinsatzgruppe.

18. März Ankündigung von Kurzkrediten für Unternehmen und Flexibilisierung des Arbeitsrechts.

Arbeiter*innen können laut Gewerkschaften zu hohen Überstunden ohne Lohnausgleich gezwungen werden.

Ende März Dank einer Zweidrittelmehrheit im Parlament wird das Notstandsgesetz verabschiedet.

Orban kann jetzt allein per Dekret regieren. Kritik weist er zurück – in anderen EU-Ländern sähe es ähnlich aus.

Verabschiedung von hohen Strafen bei Verstoß gegen Schutzverordnungen (bis zu 8 Jahre Haft) und bei der Verbreitung von Falschinformationen (bis zu 3 Jahre Haft), Kritik von oppositionellen Journalist*innen

31. März Dank einer Zweidrittelmehrheit im Parlament wird das Notstandsgesetz verabschiedet. Orban kann jetzt allein per Dekret regieren. Kritik weist er zurück – in anderen EU-Ländern sähe es ähnlich aus.

Verabschiedung von hohen Strafen bei Verstoß gegen Schutzverordnungen (bis zu 8 Jahre Haft) und bei der Verbreitung von Falschinformationen (bis zu 3 Jahre Haft), Kritik von oppositionellen Journalist*innen.

5. April Orban verspricht kostenloses Parken im ganzen Land zur Unterstützung von sozialer Distanz.

10. April Ankündigung eines weiteren Finanzpakets zur Rettung von Unternehmen. Kritik an geringen Effekten für Sozialschwache und ausbleibender Stärkung des Gesundheitswesens. Gewerkschaften kritisieren die fehlende Unterstützung zur Übernahme von Löhnen bei Unternehmen.

Viele Arbeiter*innen werden gekündigt oder zu unbezahltem Urlaub gezwungen, Kurzarbeiter*innengeld ist oft niedriger als die Arbeitslosenhilfe.

We try to publish as many translated texts as possible online!

Ihr habt ein Thema, das euch wichtig ist oder sogar Lust, selbst etwas zu schreiben? Schreibt uns gerne an wandzeitung-jena@riseup.net

<https://wandzeitungjena.blackblogs.org/>

